



Rechtsruck

Ein Gespräch mit dem polnischen Journalisten und Expolitiker Jerzy Urban über die konservative Wende in seinem Land, die Macht des Klerus dort und seinen historischen Optimismus. Außerdem: Apartheid à la Lettland. Schwarzer Kanal

ACHT SEITEN EXTRA

GEGRÜNDET 1947 · SONNABEND/SONNTAG, 1./2. AUGUST 2015 · NR. 176 · 1,80 EURO / 57 CZK · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Vor der Offensive

Neuer IS: Terrorgruppe Ahrar
3 Al-Sham soll türkische und US-Interessen durchsetzen

Vor der Übernahme

Für den deutschen Düngemittelhersteller K+S wird es schwerer, selbständig zu bleiben
5

Vor der Haustür

»Forum von São Paulo« sagt in Mexiko-Stadt US-Dominanz und Neoliberalismus den Kampf an
6

Vor dem Gesetz

Mafia Capitale: In Rom kämpft Bürgermeister Ignazio Marino gegen das kriminelle Netzwerk
12

Unbedingt angriffsbereit

In einen »Abgrund aus Landesverrat« hat die Bundesregierung zuletzt vor über 50 Jahren, anlässlich der sogenannten Spiegel-Affäre 1962, geblickt. Über den Skandal sollte Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß (CSU) stürzen; seitdem sind die Organe der BRD mit diesem Vorwurf gegenüber Journalisten vorsichtig geworden. Bis Donnerstag. An diesem Tag teilte *Netzpolitik.org* mit, dass der Generalbundesanwalt wegen des Verdachts auf einen derartigen Verrat gegen sie ermittelte. Den Journalisten André Meister und Markus Beckedahl und einer weiteren, unbekanntenen Person wird vorgeworfen, in zwei Fällen Dokumente des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) veröffentlicht zu haben. Ausgangspunkt waren Strafanzeigen des BfV-Präsidenten Hans-Georg Maaßen, die dieser laut *Deutschlandfunk* in ursprünglich drei Fällen erstattet hatte. *Netzpolitik.org* hatte im Februar und April über interne Pläne zur nachrichtendienstlichen Auswertung von Internetkommunikation berichtet.

Wegen Landesverrats wird bestraft, wer Staatsgeheimnisse einer »fremden Macht« mitteilt oder »öffentlich bekanntmacht« (Paragraph 94 StGB). Mit »Blick auf das hohe Gut der Presse- und Meinungsfreiheit« wolle er zunächst von »möglichen Exekutivmaßnahmen« gegen die Verdächtigten absehen, teilte Generalbundesanwalt Harald Range am Freitag der FAZ mit. Beckedahl bezeichnete die Ermittlungen als einen »eindeutigen Angriff auf die Pressefreiheit«. Die Bundesregierung wolle mit den Anzeigen die Wahrheit über Verstrickungen in den NSA-Skandal unterdrücken.

Besonderen Aufklärungseifer in der NSA-Affäre kann man Range nicht vorwerfen. Am 25. Juli sagte er dem Spiegel, dass keine Anklage wegen der Spionage des US-amerikanischen Geheimdienstes erhoben wird: »Wir

Friedhofsruhe erwünscht: Ermittlungen gegen Journalisten wegen »Landesverrats«, Klagewellen gegen Medien, die Neonazi-Spitzel benennen. Die Dienste gehen in die Offensive. **Von Sebastian Carlens**



Am Mittwoch wurde *Netzpolitik.org* von der Standortinitiative »Deutschland – Land der Ideen« geehrt – mit Unterschrift vom Bundespräsidenten. Am Donnerstag kam schließlich Post vom Generalbundesanwalt

brauchen gerichts feste Beweise.« Sollte aber eine Webplattform wie *WikiLeaks* über entsprechende Dokumente verfügen, wolle er sie gerne sehen: »Das wäre schön. Her damit!« Bei deutschen Geheimdokumenten ist Range weniger zögerlich.

Im Fall der dritten von Maaßen erstatteten Anzeige wird ein »Anfangsverdacht« geprüft, so *Deutschlandfunk*. Dabei geht es um die Veröffentlichung des als Verschlusssache klassifizierten Berichts von Sonderermittler Jerzy Montag durch die *Süddeutsche Zeitung*. Montag sollte die Rolle des Neonazi-V-Mannes Thomas Richter alias »Corelli«

erhellen. Der Geheimdienstspitzel hatte frühzeitig Kenntnis vom »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU). Er starb 2014 unter dubiosen Umständen im Zeugenschutzprogramm des BfV, nur einen Tag, bevor er vernommen werden sollte.

Seit der Verfassungsschutz durch die Reform des Geheimdienstgesetzes über mehr Macht und Mittel als je zuvor verfügt, gehen die Dienste in die Offensive. Zeitungen werden abgemahnt, weil sie, wie auch die *junge Welt*, Klarnamen von »Vertrauensleuten« oder eingeschleusten verdeckten Ermittlern nennen. Der frühere Geheimdienstkoordinator

Klaus-Dieter Fritsche, für den im Jahr 2013 speziell der neue Posten eines »Beauftragten für die Nachrichtendienste« geschaffen wurde, hatte in einer Befragung vor dem NSU-Untersuchungsausschuss vor drei Jahren verdeutlicht, dass es selbst im Parlament keinen Anspruch auf Information gäbe. Der Staatswohlgedanken stünde in einem »Spannungsverhältnis« zum Aufklärungsgedanken, befand er. Diese Spannung löst das BfV, deren Kurator Fritsche und deren oberster Dienstherr Innenminister Thomas de Maizière (CDU) ist, gerade auf ganz althergebrachte Weise.

■ Siehe Seite 8 und 16

NATO uneins über Russland-Politik

Berlin offenbar für Dialog. USA weiten Sanktionen aus

Die Bundesrepublik setzt sich seit geraumer Zeit bei der NATO für eine Wiederbelebung des NATO-Russland-Rats ein. Das berichtete *dpa* am Freitag. Nach Angaben der Vertretung der Bundesregierung in der Bündniszentrale in Brüssel nähmen mittlerweile viele den Mangel an Dialog mit Russland als Belastung wahr. Die Nachrichtenagentur zitierte den deutschen Botschafter beim Militärpakt, Martin Erdmann, mit den Worten: »Die Dinge entwickeln sich.« Konsens gebe es allerdings noch nicht. Erdmann äußerte, die NATO sei aktuell

»sehr einseitig« auf sogenannte Rückversicherungsmaßnahmen ausgerichtet.

Der NATO-Russland-Rat war 2002 gegründet worden, um das Land eng in die Arbeit des Nordatlantikvertrags einzubinden. Er tagte auf Diplomatenbene zuletzt im Juni 2014. Seitdem liegt der Dialog auf Eis. Welche NATO-Mitgliedsstaaten die deutschen Bestrebungen unterstützen, wollte Erdmann im Gespräch mit *dpa* nicht sagen. Eine Entscheidung für ein neues Treffen müsse einstimmig fallen.

Die stellvertretende NATO-Sprecherin Carmen Romero wollte die Dis-

kussion unter den Bündnispartnern am Freitag nicht kommentieren. Sie verwies nur darauf, dass es auch nach Juni 2014 noch Kontakte auf politischer Ebene gegeben habe. Als Beispiele nannte sie Treffen von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow und dem russischen NATO-Botschafter Alexander Gruschko. Romero erklärte: »Unsere praktische Zusammenarbeit mit Russland ist weiter ausgesetzt, aber die Kanäle für den politischen Dialog und für militärische Kontakte sind weiter offen.«

Fast zeitgleich mit den *dpa*-Berichten gab das US-Finanzministerium in Washington bekannt, dass es die Sanktionen gegen Russland ausgeweitet habe und 15 Einzelpersonen und Organisationen aus dem russischen Rüstungssektor mit Strafmaßnahmen belegt. Wenige Tage zuvor hatte die US-Fachzeitschrift *Defense News* berichtet, die Umsätze großer Rüstungskonzerne wie Lockheed Martin und Boeing seien rückläufig, die der russischen Konkurrenz aber trotz der Sanktionen sprunghaft gewachsen.

Arnold Schölzel



11. Internationales Friedensfest, Graal-Müritz
1. August 2015, 10 bis 17 Uhr, Seebrückenvorplatz im Ostseebad Graal-Müritz.
Besuchen Sie uns an unserem Stand!

Cameron schickt Spürhunde gegen Flüchtlinge

London/Calais. Großbritanniens Regierung will Migranten in Calais mit neuen Zäunen und anderen Sicherheitsmaßnahmen vom Eurotunnel fernhalten. Es würden Spürhunde, Absperrungen und weitere Hilfsmittel auf die französische Seite des Tunnels unter dem Ärmelkanal geschickt, sagte Premierminister David Cameron am Freitag nach einer Sitzung des britischen Sicherheitskabinetts. »Das bleibt ein schwieriges Thema den ganzen Sommer über.« Großbritannien wolle mit Frankreich Hand in Hand arbeiten. In der Nacht zum Freitag hatten erneut Hunderte Migranten versucht, auf Züge und Laster zu klettern, um durch den Eurotunnel illegal nach Großbritannien zu gelangen. Am Vortag hatte Cameron angekündigt, mehr illegal Eingereiste abschieben zu wollen und die Einwanderungsgesetze zu verschärfen. (dpa/jw)

IWF will sich nicht an Hilfspaket beteiligen

Washington/Athen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) will sich vorerst nicht an einem dritten Hilfspaket für Griechenland beteiligen. »Der IWF kann nur ein umfassendes Programm unterstützen«, sagte ein Vertreter der Organisation in einer Telefonkonferenz mit Journalisten. Die Organisation meint, für ihre Beteiligung an einem dritten Hilfspaket sei eine Kombination aus Reformen von griechischer Seite und einem Schuldennachlass der Gläubiger nötig. Konkret geht es um ein Hilfsprogramm von bis zu 86 Milliarden Euro für die nächsten drei Jahre. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hatte schon in dem Antrag an den Bundestag Mitte Juli zur Aufnahme von Verhandlungen mit Athen darauf hingewiesen, dass sich der IWF an einer für Mitte August 2015 geplanten ersten Hilfsstranche nicht beteiligen werde. (dpa/jw)

■ Siehe Seite 9
wird herausgegeben von 1.691 Genossinnen und Genossen (Stand 29.7.2015)
www.jungewelt.de/lpg

Tschechische Republik: 57 CZK

